

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Jugendamt: E-Government Betreuungsgutscheine; Nachkredit zum Investitionskredit

1. Ausgangslage

Mit SRB 2016-233 vom 7. April 2016 hat der Stadtrat dem Projekt E-Government Betreuungsgutscheine; Konzeption, Realisierung und Einführung der Lösung E-BEGU zugestimmt und einen Kredit von Fr. 810 310.00 zulasten der Investitionsrechnung Konto I3300005 genehmigt. Zudem hat er für den Betrieb der Software mit einer Laufzeit von vier Jahren einen Verpflichtungskredit von Fr. 82 944.00 bewilligt. Der Quellcode der Individualentwicklung soll unter einer Open Source Lizenz freigegeben werden.

Mit dem Fortschritt der Arbeiten haben sich verschiedene, nicht vorhergesehene Kostenpunkte ergeben, für die der Gemeinderat dem Stadtrat einen Nachkredit von Fr. 243 010.00 beantragt.

2. Stand des Projekts

2.1 Aktueller Stand

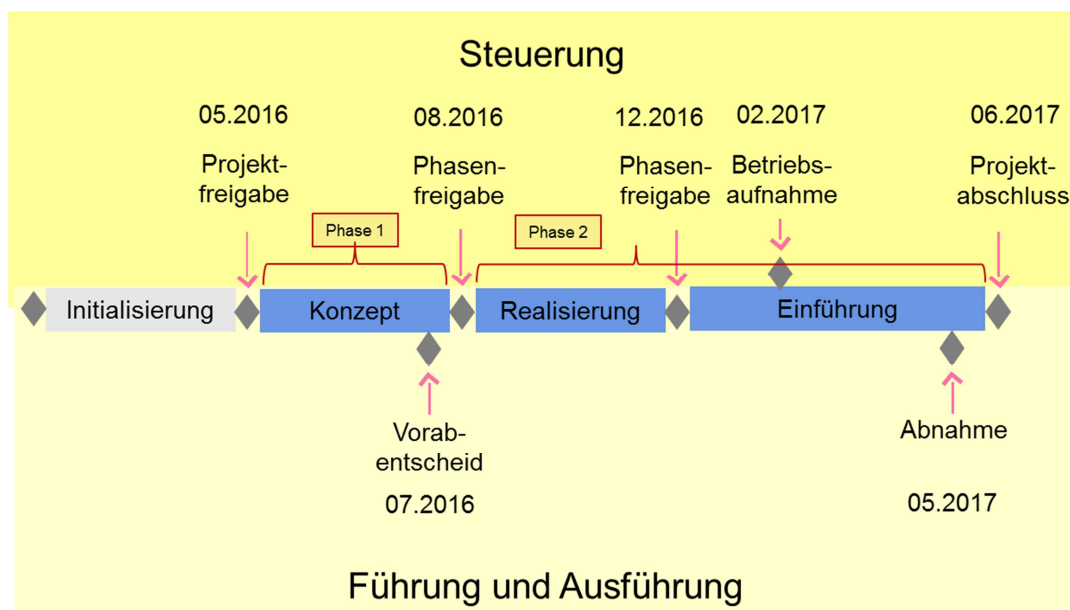


Abb.1 Projektphasen E-Government Betreuungsgutscheine

Die Phase 1 (Konzept) wurde Mitte Juli 2016 abgeschlossen und Ende August 2016 gemäss den Ausschreibungskriterien abgenommen.

Seit August 2016 befindet sich das Projekt in der Phase 2 „Realisierung und Einführung“. Die fortlaufend ausgelieferten Entwicklungsergebnisse werden bereits planmässig innerhalb des städtischen Informatikumfelds getestet. Aufgrund einer vom Regierungsrat am 16. November 2016 beschlossenen Revision der kantonalen Verordnung über die Angebote zur Sozialen Integration

ASIV, welche tiefgreifende Anpassungen im Programm erfordert, wurde eine schrittweise Einführung der Lösung E-BEGU beschlossen. Dadurch wird es möglich sein, dass die Kernfunktionalität der Lösung zum geplanten Termin Mitte März 2017 vorliegt und die weiteren Programmfunktionen danach schrittweise ausgeliefert werden können.

2.2 Kostenentwicklung

Wegen der Revision der kantonalen Verordnung ASIV, welche zum Ausschreibungszeitpunkt noch nicht absehbar war, und des Entscheids, den Quellcode der Individualentwicklung unter Open Source Lizenz freizugeben, sowie aufgrund zusätzlicher Aufwendungen betreffend das Identity und Accessmanagement IAM (Basisinfrastruktur der Stadt) und der anstehenden Überprüfung der Barrierefreiheit werden zusätzliche, im Investitionskredit nicht enthaltene Projektkosten anfallen.

3. Im Investitionskredit nicht enthaltene Kosten

3.1. Zusatzkosten Open Source Software

Anlässlich der Behandlung des Investitionskreditgeschäfts hat der Stadtrat entschieden, den Quellcode der Individualentwicklung unter einer Open Source Software Lizenz (OSS-Lizenz) freizugeben. Wie sich erst nach dem Kreditbeschluss zeigte, sind damit zusätzliche Dokumentationsarbeiten von Seiten des Software-Herstellers notwendig. Da in der sogenannten agilen Entwicklung der Software immer wieder auf bereits erarbeitete Elemente zurückgegriffen wird und diese angepasst werden, muss bei jeder Intervention auch die Dokumentation angepasst werden, um den Open Source-Richtlinien zu entsprechen. Dazu gehören das Erarbeiten grundsätzlicher Regeln zur Dokumentation und der Einbezug in die Reviews der Entwicklung. Zudem müssen von Stadt und Auftragnehmer die juristischen Folgen, beispielsweise bezüglich Haftungsausschluss oder Schnittstellen zu Anwendungen ohne OSS-Lizenz, geprüft werden. Für die zusätzlichen Dokumentationsarbeiten sowie den mit der Entwicklung der Software unter einer OSS-Lizenz verbundenen Abklärungen entstehen nicht im Investitionskredit enthaltene Zusatzkosten von Fr. 28 500.00.

3.2. Revision der kantonalen Verordnung

Der Regierungsrat hat am 16. November 2016 eine Revision der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration ASIV beschlossen. Diese beinhaltet unter anderem die beiden folgenden Punkte:

- a) Kindergartenkinder können im Lastenausgleich nur noch zu 75 % abgerechnet werden. Bisher wurde bei den Betreuungsgutscheinen nicht erfasst, ob ein Kind den Kindergarten besucht oder nicht.
- b) Bisher wird die Familiengrösse, welche zu einer Reduktion des massgebenden Einkommens führt, nur jährlich (Stichtag 31.12.) erfasst. Aufgrund der Revision führt neu die Familiengrösse jederzeit zu einer Reduktion des massgebenden Einkommens. Hingegen soll die Familiengrösse bei der Bemessung einer Einkommensverschlechterung nicht mehr berücksichtigt werden (Härtefallregelung; Reduktion des massgebenden Einkommens um mindestens 20 %).

Diese Veränderungen müssen von der Stadt spätestens auf die Berechnungsperiode ab 1. August 2017 und damit ab dem Zeitpunkt der Gesuchstellung für diese Berechnungsperiode ab März 2017 umgesetzt werden. Dies erfordert nicht geplante Anpassungen in der E-Government-Lösung, welche die vertraglich vereinbarten Leistungen übersteigen. Für diese Anpassungen ist ein Betrag von Fr. 125 000.00 notwendig.

3.3 Identity und Accessmanagement (Anmeldeverfahren)

In der E-Government-Strategie des Gemeinderats wurde die Einführung eines übergreifenden Anmeldewesens für Internet-Dienstleistungen der Stadt (Identity and Access Management IAM) im

Rahmen der E-Government Lösung für die Parkkarten als Teil der Basisinfrastruktur vorgesehen. Mit SRB 2015-515 vom 26. November 2015 bewilligte der Stadtrat für die Umsetzung des Projekts Basisinfrastruktur E-Government und Ersatzbeschaffung Parkkartenapplikation einen Investitionskredit. Das Projekt Basisinfrastruktur hatte grosse zeitliche Verzögerungen, und die Lösung für die Parkkarten wird erst später als Online-Version zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund konnte das vorliegende Informatikprojekt nicht auf eine vorhandene Basis zurückgreifen. Für das IAM mussten im Rahmen des Projekts E-Government Betreuungsgutscheine nicht im Investitionskredit vorgesehene Pionierarbeiten geleistet werden. Die dadurch entstandenen Mehrkosten in der Höhe von Fr. 47 510.00 müssen über das E-Government-Projekt Betreuungsgutscheine finanziert werden. Ob und in welchem Ausmass sich dadurch die Kosten im Projekt Basisinfrastruktur E-Government und Ersatzbeschaffung Parkkartenapplikation verringern werden, ist zum aktuellen Zeitpunkt offen.

3.4 Überprüfung der Barrierefreiheit

Für den Teil der E-Government-Lösung, welcher von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bern für die Beantragung von familienergänzenden Betreuungsangeboten verwendet wird, wurde in der Ausschreibung die Barrierefreiheit gemäss dem Standard AA gefordert. Aufgrund der Erfahrungen im Projekt „Relaunch Internet“ Anfang 2016 ist nach Umsetzung der Barrierefreiheit eine Überprüfung durch die Organisation „Zugang für alle“ notwendig, um die Einhaltung des Standards AA sicherzustellen. Die zu erwartenden Kosten für die Analyse durch „Zugang für alle“ gehen zu Lasten der Stadt Bern und wurden im initialen Kreditantrag da noch nicht bekannt nicht berücksichtigt. Für die Überprüfung der Barrierefreiheit der Lösung ist ein Betrag von maximal Fr. 20 000.00 geplant. Zusätzliche Aufwände und benötigte Anpassungen, welche durch den Bericht allenfalls aufgedeckt werden, gehen zu Lasten der Softwarelieferantin.

3.5 Mehrkosten externe Projektunterstützung

Aufgrund der nicht geplanten Aufgaben sind zusätzliche Ressourcen der Projektleitung und der externen Projektunterstützung nötig. Für die externe Projektunterstützung (ca. 100 Stunden) fallen aufgrund der nicht vorhergesehenen zusätzlichen Aufgaben bis Projektende rund Fr. 22 000.00 Mehrkosten an.

4. Zusammenfassung

	Bewilligter Kredit SRB 2016-233	Prognose	Abweichung/ Nachkredit
Projektierungskosten (GRB Nr. 2015-17)	Fr. 93 740.00	Fr. 93 740.00	Fr. 0.00
Fachanwendung E-BEGU	Fr. 400 770.00	Fr. 400 770.00	Fr.
10 Scanner inkl. Netzwerkmodul (Beschaffung und Installation ID)	Fr. 15 800.00	Fr. 15 800.00	Fr. 0.00
Projektunterstützung extern und Koordination intern (ID)	Fr. 175 000.00	Fr. 197 000.00	Fr. 22 000.00
Installation Server, Infrastruktur und Einführungsunterstützung (ID)	Fr. 60 000.00	60 000.00	Fr. 0.00
Schulungsraum intern (ID) und extern	Fr. 5 000.00	5 000.00	Fr. 0.00
Reserven	Fr. 60 000.00	Fr. 60 000.00	Fr. 0.00
Zusatzaufwand Dokumentation Open Source Lizenz	Fr. 0.00	Fr. 28 500.00	Fr. 28 500.00
Change ASIV-Revision 2017	Fr. 0.00	Fr. 125 000.00	Fr. 125 000.00

Zusatzaufwand IAM	Fr. 0.00	Fr. 47 510.00	Fr. 47 510.00
Überprüfung Barrierefreiheit	Fr. 0.00	Fr. 20 000.00	Fr. 20 000.00
Total	Fr. 810 310.00	Fr. 1 053 320.00	Fr. 243 010.00

5. Konsequenzen bei Nichtumsetzung oder verspäteter Umsetzung des Projekts

Ohne den beantragten Nachkredit lässt sich die Lösung nicht zeitgerecht bis Mitte März 2017 realisieren. Folglich könnte die Lösung E-BEGU erst für die Berechnungsperiode 2018/2019, also ab Mitte März 2018 zum Einsatz kommen. Die mit der neuen Lösung verbundenen Erleichterungen in der Abwicklung des Prozesses der Betreuungsgutscheine für die Gesuchstellenden, die betreuenden Tagesstätten und die Verwaltung würden entfallen. Nach wie vor stünde kein Online-Service gemäss der E-Government-Strategie des Gemeinderats zur Verfügung. Zudem müssten die Anpassungen der ASIV auch in den bestehenden Programmen mit Kostenfolgen umgesetzt werden, um die Ausstellung der Betreuungsgutscheine sowie die Berechnung des Elternbeitrags sicherzustellen.

Antrag

1. Der Stadtrat bewilligt für das Projekt E-Government Betreuungsgutscheine einen Nachkredit zum Investitionskredit (I3300005) von Fr. 243 010.00.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 21. Dezember 2016

Der Gemeinderat